

Zeitschrift: Schweizer Schule
Herausgeber: Christlicher Lehrer- und Erzieherverein der Schweiz
Band: 65 (1978)
Heft: 7

Rubrik: Umschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 18.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

¹⁹ Eibl-Eibesfeldt, I.: a. a. O., Menschenforschung/ 19.

²⁰ Bilz, R.: a. a. O.

²¹ Bosinksi, G. und Fischer, G.: Die Menschen- darstellungen von Gönnersdorf der Ausgrabun- gen von 1968. Wiesbaden 1974.

²² Illies, J.: Mann und Frau – Gegenpole? (In: H. Oesterreich, A. Knoop, J. Illies: Das Bild und die Rolle der Frau in der Geschlechterzie- hung.) Köln 1976/37.

²³ Ebd. / 34.

Umschau

«Keine Gegner des politischen Systems als Lehrer»

Grundsätzliche Gegner der freiheitlich-demokrati- schen Ordnung sollen in der Schweiz nicht als Lehrer angestellt werden. Diese Auffassung ver- tritt der Bundesrat in einer Stellungnahme zu ei- ner Einfachen Anfrage von Nationalrat Helmut Hubacher (SP, BS), die sich kritisch mit einer Re- de von Bundesrat Rudolf Gnägi befasste. Der Bundesrat heisst die Tendenz dieser Rede gut. Bundesrat Gnägi hatte am 3. Dezember 1977 in Liestal vor der Kantonalen Konferenz der baselland- schaftlichen Lehrerschaft wörtlich erklärt, es wäre «widersinnig, grundsätzliche Gegner unseres po- litischen Systems damit zu betrauen, unsere he- ranwachsende Jugend über die politischen Insti- tutionen der Schweiz aufzuklären». Nationalrat Hubacher hatte darauf den Bundesrat um eine Auslegung dieser Rede ersucht und gefragt, wel- che politischen Parteien, Gruppierungen oder Bür- ger Bundesrat Gnägi gemeint habe. Ob eine aku- te Gefahr der Beseitigung der demokratischen Ordnung bestehe und welche Gesinnung mit «un- serem System» überhaupt vereinbar sei.

Verantwortung gefordert

In seiner Antwort beschränkte sich der Bundesrat auf die grundsätzliche Seite des Problems. Bun- desrat Gnägi habe in seiner Ansprache gefordert, dass die Erziehung der heranwachsenden Schwei- zer Jugend zu einer menschlichen Grundhaltung führen und auf das Leben in einem nach freiheitli- chen Grundregeln geordneten Staat vorbereiten solle. Der künftige Staatsbürger müsse wissen, dass diese Staatsordnung immer wieder verbessert und den Entwicklungen der Zeit angepasst werden könne. Die Lehrer ihrerseits müssten zum frei- heitlich demokratischen Staat stehen, doch habe Bundesrat Gnägi ausdrücklich festgestellt, dass von ihnen «keine vorbehaltlose und unkritische Einstellung zum Staat verlangt werde, sondern dass die kritische Auseinandersetzung sogar eine Voraussetzung jeder gesunden Entwicklung sei». Andererseits habe Bundesrat Gnägi klar gemacht, dass Lehrer, «die unsere freiheitlich-demokrati-

sche Staatsordnung als solche ablehnen, kaum geeignet seien, junge Menschen zum Leben in diesem Staat zu erziehen». Auch der Gesamtbun- desrat ist mit EMD-Chef Gnägi der Ansicht, «dass Lehrkräfte, die die gewaltsame Beseitigung un- serer Staatsform anstreben, für den Lehrerberuf nicht geeignet sind. Von den Erziehern unserer Jugend muss verlangt werden, dass sie bereit sind, in den demokratischen Formen der politi- schen Auseinandersetzung an seiner gesunden Weiterentwicklung unseres Staates mitzuwirken».

Empfehlungen der Nordwestschweizerischen Erziehungsdirektorenkonferenz zur Musikerziehung in der Schule

Gestützt auf den Schlussbericht der Kommission Musikerziehung vom 20. Februar 1976 sowie auf das Ergebnis der Vernehmlassung empfiehlt die NW EDK den Mitgliedskantonen:

1. Den vom Schweizerischen Komitee zur För- derung der Schulmusik entworfenen Lehrplan als Richtlinie einzuführen und womöglich als verbindlich zu erklären.
2. Dem Musikunterricht auf allen Schulstufen der obligatorischen Schulzeit nach Möglich- keit zwei Wochenstunden einzuräumen.
3. Den Musik- und Zeichenunterricht während der Schulpflichtzeit in den auf die Maturität vorbereitenden Schulen (Gymnasium, Pro- gymnasium, Bezirksschule etc.) mit durchgeh- end zwei Wochenstunden zu führen.
4. Musik oder Zeichnen als Wahlpflichtfach mit zwei Wochenstunden zu führen und das nicht- gewählte Fach als Freifach anzubieten.
5. Bis zum Ende der Schulzeit (Matur/Diplom) Musik und Zeichnen als Freifach anzubieten.
6. Dem Musikunterricht mehr Beachtung zu schenken und dessen Niveau zu heben durch
 - entsprechende Anforderungen in musika- lischer Hinsicht bei den Eintritts- und Ab- schlussprüfungen der Lehrerseminarien
 - bessere Koordination der musikalischen Ausbildung an den verschiedenen Lehrer- seminarien
 - Fächerabtausch und Übernahme des Mu- sikunterrichts durch musikalisch besser ausgebildete Lehrkräfte in Ausnahmefällen.

7. Obligatorische Fortbildungskurse im Fach Musik durchzuführen, insbesondere bei der Einführung neuer Lehrmittel und Lehrpläne.
8. Die Musikschulen so aufzubauen, dass ein kontinuierlicher Unterricht auf allen Altersstufen angeboten werden kann.
9. Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten (in Richtung musikalischer Früherziehung, Grundschulung, Blockflöte, Singkreis etc.) zu schaffen.
10. Ihren Einfluss auf die Konservatorien und ähnliche Ausbildungsstätten geltend zu machen, damit diese ihre Ausbildungsgänge auf die spezifischen Bedürfnisse der Musikschulen ausrichten.

Verletzte und Tote in amerikanischen Schulen

Amerikanische Schulen sind gefährliche Aufenthaltsorte. Nirgendwo sonst ist das Risiko für Jugendliche grösser, bestohlen oder mit Gewaltanwendung konfrontiert zu werden. Diese Feststellung findet sich in einer Studie, die im Auftrag des Kongresses über drei Jahre hinweg erarbeitet und nun vom Erziehungsministerium dem Parlament zugeleitet wurde.

Manche Oberschulen gleichen heute militärischen Lagern. Türen und Flure werden von Wächtern kontrolliert. Wer auf die Toilette will, muss einen Schulpass vorzeigen. Manche Klassentüren werden vor Unterrichtsbeginn vom Lehrer abgeschlossen. Telefone am Pult für Notrufe und Teleüberwachungssysteme wie in Kaufhäusern ergänzen die Vorsichtsmassnahmen.

Gewalt und Vandalismus

Trotzdem wird gestochen, geschlagen, getreten, geschossen. Laut Statistik sind junge Menschen im Alter von 12 bis 15 Jahren am meisten gefährdet. Hinzu kommen die Lehrpersonen, die mehr und mehr durch Gewalttätigkeit eingeschüchtert werden. Es gibt hunderte Verletzte jeden Monat – und manchmal gibt es Tote.

Vandalismus in Schulen kostet im Jahr 600 Millionen Dollar. In Klassenräumen macht sich Feindseligkeit und Respektlosigkeit breit. Einige Schulen haben Wohnwagen gemietet, die im Hof getrennt und als Klassenräume für die aufsässigen Schüler benutzt werden. Die Behörden nehmen an, dass viele Drohungen und sexuelle Angriffe auf Lehrerinnen gar nicht erst gemeldet werden aus Angst vor Vergeltung.

In Memphis wurden im letzten Jahr 680 Überfälle in Schulen registriert. Davon entfielen 144 auf Lehrpersonen. Im Landkreis bei Miami in Florida kam es im selben Zeitraum zu 1153 Attacken. Boston meldete 155 Angriffe auf Lehrkräfte. In New York City entfiel von 2420 Gewalttaten in Schulen die Hälfte auf Angriffe gegen Lehrer. Und in Chi-

kago kommt es in Oberschulen zu fünf Gewalttaten pro Tag.

Das zuständige Washingtoner Ministerium hat angefangen, Erzieher und Schüler zu trainieren, «damit sie besser mit den Problemen fertig werden». Ein «Feldzug gegen die sinnlose Gewalt» hat begonnen. Der schwarze Prediger Jesse Jackson, der mit einigem Erfolg versucht, schwarze Jugendliche aus den Slums zu ernsthaftem Studium anzuhalten, «weil dies der einzige Weg ist, aus dem Dreck herauszukommen», wird nun vom Staat finanziell unterstützt. Was der Kongress unternehmen wird, ist noch unklar.

Die Gewalttätigkeit konzentriert sich nicht mehr wie früher auf die grossstädtischen Zentren. Vororte und Landkreise, in denen 80 Prozent aller Schulen der USA liegen, sind nicht ausgenommen. «Sie haben aufgeholt», stellen die Statistiker fest.

Die technische oder rassische Zusammensetzung der Schülerschaft ist bei alledem kein Anhalt- und Orientierungspunkt mehr. Lediglich eines ist geblieben: In jenen Vierteln, in denen die Kriminalität hoch ist, liegen auch die am meisten bedrohten Schulen.

Gegenmassnahmen

Zu den Massnahmen, die in einzelnen Bundesstaaten erwogen werden, gehören schärfere Strafen für Angriffe auf Lehrer, wie sie soeben in Massachusetts durchgesetzt worden sind. In anderen Gegenden wird versucht, «Nachbarschaftsrichter» mit der Aburteilung junger Gewalttäter zu beauftragen. Los Angeles hat dafür besondere Zentren geschaffen.

Nach dem Urteil von Experten ändern sich die Verhältnisse aber erst, wenn die amerikanischen Eltern verlorene Autorität bei ihren Kindern zurückgewinnen und wenn gewalttätige Jugendliche nicht mehr davon ausgehen können, mit kurzem Arrest und einer Versetzung zur nächsten Schule davonzukommen.

Emil Bölte in: LNN Nr. 32

Examens-Hölle im Kindergarten Japans

Der kleine zweieinhalbjährige Tsunechika Mimura übt zurzeit wie Tausende anderer seiner Altersgenossen in Japan, wie man einen Elefanten mimt. Schon in diesem Alter wird seine Elefanten-Vorführung wichtigster Bestandteil seiner Aufnahmeprüfung für den Kindergarten sein. Seit April letzten Jahres trainieren japanische Kinder in der «Kindergarten-Vorbereitungsschule» solche Spiele, um in die «besseren» Kindergärten zu kommen.

Die Kindergarten-Vorbereitungsschule ist die neueste Errungenschaft im Erziehungsbewusstsein Japans. Denn nur demjenigen ist in Japan die Karriere sicher, der die «richtigen» Schulen

besucht hat. Um eines Tages das Examen einer angesehenen Universität in der Tasche tragen zu können, kommt es darauf an, die besseren Gymnasien, Grundschulen und Kindergärten besucht zu haben. Kinder aus angesehenen Kindergärten schaffen die Stufenleiter fast automatisch, die anderen müssen den Weg durch mühselige Prüfungen gehen. Und für die Aufnahme in diese besseren Kindergärten hat man nun in Japan für die zwei- bis dreijährigen die Kindergarten-Vorbereitungsschulen eingerichtet.

Geld als Ausweg

Wenn Tsunehika bei seiner Aufnahmeprüfung in den Kindergarten seine Spiele besonders schön vorführen kann, wird ihm der erste Schritt auf der Stufenleiter seiner Karriere schon vor Vollendung des dritten Lebensjahres gelungen sein. Wenn ihm nicht gerade besonders schwerwiegende Fehler in den kommenden Jahren unterlaufen, ist ihm der Besuch eines angesehenen Gymnasiums schon fast gewiss. Sollte er versagen, wird ihm die japanische «Examen-Hölle» nicht erspart bleiben.

Um ihren Kindern die vielen mühseligen Aufnahmeprüfungen später zu ersparen, sind japanische Väter bereit, für ihre Kleinen zwischen 68 und 132 Dollar monatlich für das Kindergarten-Vortraining zu zahlen. Das berichtete jedenfalls der Direktor einer solchen Tokioter Kleinkinder-Schule, Hideo Ohori.

Lesen und schreiben wird in der Vor-Kindergarten-Schule nicht gelehrt. Dafür wird gesungen, getanzt und mit Bauklötzen und Knetgummi gespielt. Zu den Prüfungsthemen gehört das Elefantennachahme-Spiel und das Meistern des «Dreier-Prinzips», bei dem die Kleinen aus einem grossen Haufen drei Äpfel oder Orangen herausholen müssen.

Die Aufnahmeprüfung wurde im November mehrmals mit den Kindern geprobt. Im entscheidenden Augenblick müssen sie grosses Interesse und viel Energie unter Beweis stellen. In den Kindergärten «wollen sie Kinder haben, die sich gut konzentrieren können», erklärt Direktor Ohori. Fumiko Hirasaka, eine der Lehrerinnen, fügt hinzu, dass die Kindergärten vor allem Geschicklichkeit hoch bewerten. Wenn ein Kind noch nicht mal seine Jacke allein ausziehen kann, bekommt es eine niedrigere Punktzahl.

Unterdessen werden die Mütter in der gleichen Schule in der Kunst unterwiesen, wie man sich beim Vorstellungsgespräch im Kindergarten richtig verhält. Sie erfahren, dass es schlecht ist, Kinder zu sehr zu behüten und zu bemuttern. Auf keinen Fall dürfen sie zugeben, dass sie ihr Kind deswegen in den Kindergarten schicken wollen, damit es später an eine Universität kommt.

«Brennpunkte»

Stiftung Dialog / Rudolf Frehner. Dialog-Verlag, Rheineck 1977. 168 Seiten, Fr. 23.–.

Bereits das Einführungswort des ersten Bandes der Buchreihe «Brennpunkte» lässt deutlich die Absicht dieses Buches, der eine ganze Reihe folgen soll, ahnen. So meint denn DIALOG-Stiftungsratspräsident Ulrich Kägi in der Einleitung, dass uns die Aufgaben über den Kopf wachsen, was durch die ständig sinkende Beteiligung bei Abstimmungen zur Genüge unterstrichen werde. Unsere überforderte Demokratie, so Kägi, rufe zur Aufgabenteilung auf mehr junge Schultern und mehr junge Köpfe. «DIALOG» und auch dieses Buch wolle der jungen Generation den Zugang zur demokratischen Mitverantwortung erleichtern und der überforderten Demokratie neue Kräfte zuführen, so das grundsätzliche Anliegen Ulrich Kägis. Auch Bundesrat Dr. Hans Hürlimann stellt in seinem Vorwort des Buches fest, dass kein Staat dauernd auf die gestaltende Mitwirkung der Jugend verzichten könne. So gesehen, betrachtet er die Tätigkeit der Stiftung Dialog als äusserst wertvoll und stellt fest, dass dieses Buch mit der Darstellung unterschiedlicher Standpunkte, welches die Auseinandersetzung mit der bei uns herrschenden politischen Meinungsvielfalt ermöglicht, von grösster Bedeutung für die staatsbürgerliche Erziehung unserer Jugend sei.

Das Buch gliedert sich in 9 verschiedene Kapitel, die den Fragestellungen «Volksrechte», «Armee – wozu?», «Moral in Bewegung», «Wohlfahrtsstaat aus leeren Kassen?», «Freiheits- und Sozialrechte», «Jugend ohne Arbeit», «Meinungsmacher Massenmedien», «Energie» und «Terror» gewidmet sind. So werden im Kapitel «Volksrechte» die Parteiprääsidenten über ihre Zielsetzungen befragt, Bundesrat Georges-André Chevallaz nimmt Stellung zur Frage der Notwendigkeit von Parteien, und über den Staatsaufbau werden in verständlicher Weise Erläuterungen geboten. Im Kapitel «Armee – wozu?» nehmen nebst Parteivertretern auch Bundesrat Gnägi zu Fragen der militärischen Landesverteidigung Stellung. «Moral in Bewegung», «Wohlfahrtsstaat aus leeren Kassen», «Freiheits- und Sozialrechte» konfrontieren den Leser mit Fragestellungen, die ihn nicht nur Konsument sein lassen, sondern ihm Anregung zur Diskussion und Kritik geben. Der Buchautor und DIALOG-Redaktor Frehner hat auch versucht, Jugendliche mit Sachverständigen in direkten Kontakt zu bringen. So befragen im Kapitel «Jugend ohne Arbeit» Schüler, Lehrlinge und Studenten den Vorsteher des Eidg. Volkswirtschaftsdepartements, a. Bundesrat Ernst Brugger, zur Gefahr der Jugendarbeitslosigkeit und die Situation im Lehrstellenbereich. Das Buch, das die wesentlichsten Punkte der Informationsbroschüre «DIALOG» umfasst, schliesst mit den Kapiteln «Energie» und

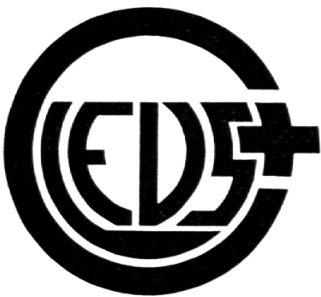
«Terror», in denen versucht wird, diese brisanten Themen auf knappem Raum sachlich und ausgewogen darzustellen.

Rudolf Frehner legt mit diesem Band ein unkonventionelles staatsbürgerliches Buch vor. «Brennpunkte» kann einen wertvollen Beitrag zur Popularisierung der Politik leisten und jedermann zur Lektüre empfohlen werden. Der Versuch, den Leser aus seiner politischen Apathie herauszureissen, scheint recht erfolgversprechend, denn nebst der Präsentation brisanter Themen muss auch die gelungene grafische Gestaltung erwähnt werden. Der Fotograf Christof Sonderegger hat in einer sehr ansprechenden Art den Text durch Illustrationen verdeutlicht. «Brennpunkte» präsentiert unsere Zeitprobleme als aufbereiteten Rohstoff, als eine lebendige und faszinierende Angelegenheit, die jeden von uns betrifft. V. B.

Blauer Dunst verpöht

In französischen Volks- und Oberschulen herrscht seit kurzem striktes Rauchverbot. Das Dekret hatte die Gesundheitsministerin Simone Veil im Rahmen einer vor zwei Jahren begonnenen Antitabakkampagne durch das Parlament gebracht. Auch in Lebensmittelgeschäften und in Spitälern ist Rauchen künftig untersagt, in öffentlichen Gebäuden und Verkehrsmitteln einer genauen Reglementierung unterworfen. Schon im Juli war die Zigaretten- und Tabakwerbung in Frankreich durch die Verabschiedung eines entsprechenden Gesetzes drastisch eingeschränkt worden, vor allem in Radio, Fernsehen, Kino und Anschlagtafeln.

Vereinsmitteilungen



Das Verhältnis des CLEVS zum Luzerner Lehrerverband (LLV)

In der neusten Ausgabe der LLV-Post vom 2. März wird das Problem der Zusammenarbeit zwischen diesem Kantonalverband und den beiden schweizerischen Lehrervereinen, dem SLV und CLEVS, einer kritischen Würdigung unterzogen.

Im Folgenden drucken wir die Ausführungen von Dr. Constantin Gyr in der LLV-Post ab, die in authentischer Art die Auffassung des Zentralvorstandes wiedergeben.

Der LLV und der CLEVS

Vor einem Jahr hat der Katholische Lehrerverein der Schweiz (KLVS) eine Statutenänderung vorgenommen und heisst jetzt CLEVS, d. h. Christlicher Lehrer- und Erzieherverein der Schweiz. Die Zielsetzung hat sich kaum verändert, ausser dass der CLEVS nun allen Erziehern – nicht nur den Lehrern – zugänglich ist. Die bedeutsamste Neuerung ist zweifellos die *Einführung der Einzelmitgliedschaft*. Es kann demnach nur Mitglied sein, wer diese Mitgliedschaft mit seiner Unterschrift bestätigt.

Diese Neuerung hat sich aus verschiedenen Gründen aufgedrängt. Unter anderem steht es einem weltanschaulich orientierten Verein nicht an, durch Kollektivmitgliedschaften auch jene Menschen zu «fangen», welche weder einem Verein angehören wollen noch sich mit dieser speziellen Weltanschauung einverstanden fühlen können. Zudem hat die Geschichte gezeigt, dass in unserem föderalistisch geprägten Schulwesen die standespolitischen Fragen der Lehrer am besten durch kantonale Organisationen wahrgenommen werden. Niemand kann den Auftrag der Kantonalverbände übernehmen. Es gibt höchstens einen Schulterschluss dieser Verbände, die der Einzelstimme grösseres Gewicht verleihen.

In diesem Sinn versteht sich der CLEVS als eine weltanschauliche Dachorganisation, die sich besonders um die Verwirklichung der christlichen Werte in Erziehung und Unterricht bemüht. Der in unserer Gesellschaft an sich noch weithin allgemeine Auftrag kann mit all jenen Massnahmen konkretisiert werden, die mit ihrem Namen für diese Arbeit zeichnen. Es würde uns daher freuen, wenn auch im Kanton Luzern zahlreiche Kollegen und Kolleginnen sich zu dem überregionalen Engagement entscheiden könnten. Anmeldungen können jederzeit gerichtet werden an: CLEVS, Gotthardstrasse 27, 6300 Zug.

Neben dieser weltanschaulichen Aufgabenstellung widmet sich der CLEVS der Weiterführung der Werke, die durch den katholischen Lehrerverein mit dem Verein katholischer Lehrerinnen der Schweiz ins Leben gerufen wurden. Dazu gehören: Lehreragenda, Hilfskasse, Krankenkasse, Berufshaftpflicht, Notenbüchlein, Unterrichtsheft, Jugendkalender mein Freund, etc. Zudem ist der CLEVS Mitglied der KOSLO (Konferenz schweizerischer Lehrerorganisationen).

Die Frage nach dem Verhältnis des CLEVS zum LLV lässt sich nun leicht beschreiben. Der CLEVS will kein Konkurrenzverband zum LLV sein. Der CLEVS hat seine eigene Aufgabe und ist am gu-